

Kurzarbeit, Arbeitsschutz und Zukunftschancen

Gefahrenzulage und höhere Grundgehälter gefordert

Als vor Jahrzehnten die Kurzarbeit in Österreich als Instrument entwickelt wurde, um eine wirtschaftliche Krise zu überbrücken, war nicht anzunehmen, dass die Gewerkschaft diesbezüglich über Rahmenvereinbarungen mit den Ärztekammern wird verhandeln müssen. Durch die COVID-19-Pandemie hat sich das radikal geändert.

Der Status quo

Zusammengefasst garantiert die mühsam erarbeitete aktuelle Version der Sozialpartnervereinbarung bei einem Arbeitsausfall von bis zu 90% – je nach Verdienst vor der Kurzarbeit folgende Bezüge:

- 90% des Nettoeinkommens bei Bruttoeinkommen bis € 1.700,
- 85% des Nettoeinkommens bei Bruttoeinkommen bis € 2.685,
- 80% Nettoersatz bei Bruttoeinkommen über € 2.685.

Der/die ArbeitgeberIn bekommt für die Ausfallstunden eine Kompensationszahlung vom AMS. Außerdem ermöglicht die Rahmenvereinbarung eine gewisse Klarheit über die Arbeitszeitgestaltung während der Kurzarbeit und beinhaltet eine Behaltfrist von einem Monat nach Ende der Kurzarbeit. Allfällige Kündigungen können frühestens danach ausgesprochen werden. Dadurch konnten wir den Ordinationen und Praxen ein Instrument zur Verfügung stellen, um den Ausfall von Leistungen an den PatientInnen zu kompensieren.

Problemfeld Arbeitsschutz

Im Facharztbereich wurden teilweise Ordinationen geschlossen und lediglich ein Akutdienst wurde eingerichtet. Vor allem dort stellten sich Fragen bezüglich des ArbeitnehmerInnenschutzes. Diese Ordinationen bekamen nämlich fast keine Schutzkleidung. Uns erreichten Anfragen wie „Darf mein Dienstgeber von mir verlangen, Untersuchungen

zu machen, die Risiken für PatientInnen und für mich beinhalten?“. Hier muss klar festgehalten werden, dass der ArbeitnehmerInnenschutz nicht ausgehebelt wurde. Ohne entsprechende Schutzmaßnahmen lässt das österreichische Arbeitsrecht keine Beschäftigung zu. Ein Verstoß wäre sogar strafbar. Was sicherlich aufgearbeitet werden muss, ist die Versorgung mit Schutzkleidung, Medikamenten und Desinfektionsmitteln.

Krise als Chance

Hier sind Fehler bei der Beschaffung unterlaufen und für die Zukunft muss ein Umdenken in Österreich und Europa stattfinden. Es kann nicht sein, dass eine dermaßen gravierende Abhängigkeit von Südostasien besteht. Kürzlich hat mir ein bekannter Gewerbetreibender berichtet, dass er keinen Faserstoff für FFP2-Masken in Europa beziehen könne, weil alle europäischen Produzenten ihre Absatzmärkte – die Maskenproduktionsstätten – in Vietnam bedienten. Diese Krise bietet die Chance, unser Wirtschaftssystem kritisch zu hinterfragen. Die enorme Abhängigkeit von Rohstoffen und Halbprodukten aus Fernost muss reduziert werden. Die Bereitschaft der Bevölkerung, für eine lokale Produktion mehr zu zahlen, ist sicherlich größer geworden.

Die wahren SystemerhalterInnen

Was allerdings oft vergessen wird, ist die Leistung der betroffenen Angestellten. Viele OrdinationsassistentInnen leisten derzeit Übermenschliches. Sie stehen nicht nur bei den PatientInnen an der Front, sondern sie halten auch telefonisch Kontakt mit ihnen, erklären, trösten und geben Zuversicht – sie fungieren als organisatorischer Anker jeder Ordination. Sie sind diejenigen, die alles wissen, organisieren und erledigen. Sie

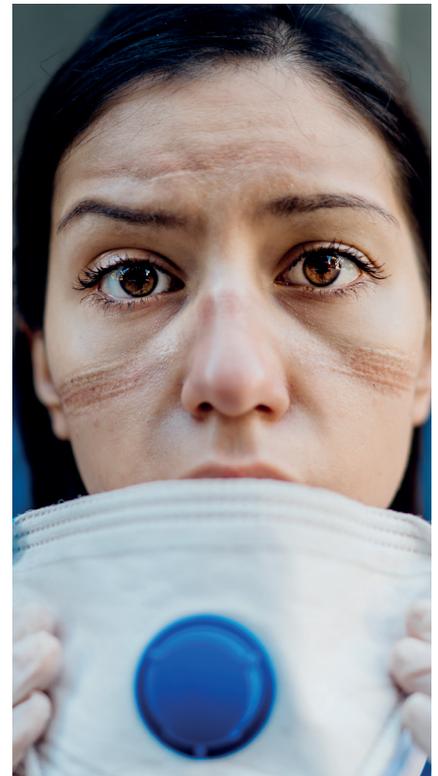


Foto: © shutterstock.com/ eldar nurkovic

sind die Schlüsselfiguren, ohne die das System zusammenbrechen würde. In der Ausnahmesituation der letzten Wochen hat man auf jeden Fall gemerkt, dass Angestellte im Handel- sowie im Pflege- und Gesundheitsbereich die wahren SystemerhalterInnen sind.

Kollektivvertragsverhandlungen

Es ist also höchste Zeit, diesen Berufstätigen auch beim Einkommen die entsprechende Wertschätzung entgegenzubringen. Der überwiegende Teil wünscht sich eine einmalig erhöhte Gefahrenzulage für Beschäftigte mit PatientInnenkontakt. Alle fordern, dass man den derzeitigen Einsatz auch in Form von deutlich höheren Grundgehältern honorieren sollte. In jedem Fall ist es jetzt für die ÄrztInnen in der Steiermark an der Zeit, endlich all ihren Angestellten Respekt zu zollen und für das letzte Bundesland die IST-Erhöhung zu beschließen. <



Autor:
Georg Grundei, dipl. ö. W.
Wirtschaftsbereichssekretär Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)

Foto: © Nürith Wagner-Strauss